



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

15. März 2019

Wochenbericht KW 11

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 31 % bzw. 29 %, SPD zwischen 17 % und 15 % Grüne bei 19 % bzw. 17 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei mehreren Aufgaben negativer Handlungsbedarf wird zunehmend besonders bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	31 (+1)	31 (-)	31 (-)	29 (-)
SPD	15 (-1)	16 (-1)	16 (+1)	17 (-)
FDP	9 (-)	8 (-)	8 (+1)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	8 (-1)	9 (+1)
B'90/Grüne	19 (-1)	17 (+1)	19 (-1)	19 (-)
AfD	12 (+1)	13 (-1)	12 (-1)	13 (-)
Sonstige	6 (-)	6 (+1)	6 (+1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	07.-13.03.	12.-14.03.	11.-13.03.

Die Union liegt bei forsa 16 (+2), bei Emnid 15 (+1), bei FG Wahlen 15 (-1) und bei infratest dimap 12 (-) und Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	42 (-2)
Nahles	14 (+2)
Kramp-Karrenbauer	38 (-2)
Scholz	22 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 28 (-4) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 16 (-3) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.03.2019)

² im Vergleich zur KW 8

³ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 7

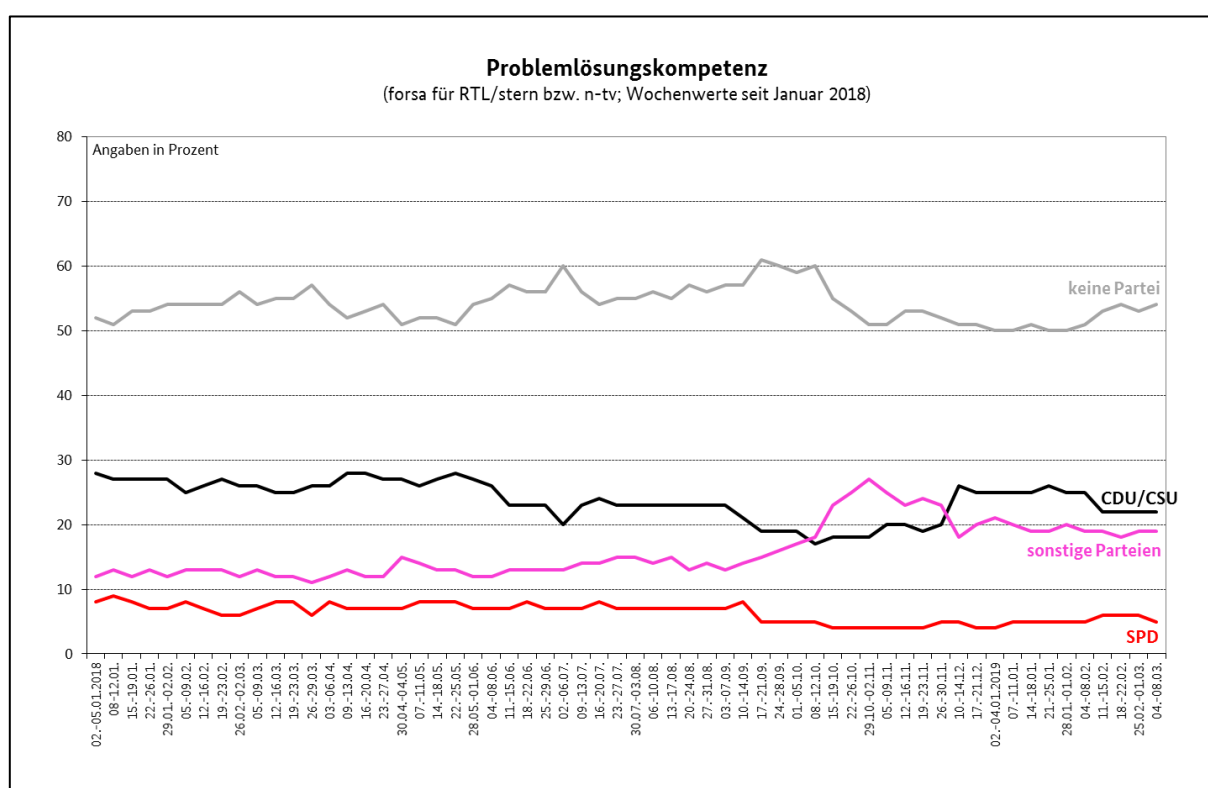
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	22	(-)
SPD	5	(-1)
sonstige Parteien	19	(-)
keine Partei	54	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im März 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	73 (+3)	26 (-3)	1 (-)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	67 (+6)	29 (-6)	3 (+1)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+1)	31 (-1)	2 (-)	0 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	63 (+3)	32 (-)	4 (-1)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (+2)	35 (+4)	2 (-5)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-)	38 (+1)	4 (+1)	0 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (+1)	42 (-)	4 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (+2)	40 (-3)	6 (-)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	50 (-1)	40 (+3)	9 (-)	0 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48 (+2)	43 (-1)	7 (-2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (-3)	41 (+6)	13 (-3)	3 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (-)	46 (+1)	11 (-1)	4 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	38 (-2)	48 (-)	13 (+3)	2 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (-3)	51 (+5)	13 (-1)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	34 (+3)	45 (-3)	15 (-1)	4 (-1)
neue Technologien fördern	32 (+2)	52 (-2)	13 (-)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	31 (-2)	52 (+3)	11 (-)	5 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (-)	52 (+1)	15 (-)	2 (-)
Staatsschulden begrenzen	23 (-3)	51 (+2)	21 (+1)	4 (-)
Verbraucherschutz stärken	21 (-2)	60 (-)	15 (+1)	3 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	20 (-)	59 (+2)	16 (-3)	4 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	19 (-1)	57 (+2)	20 (-)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-12.03.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen (78 %) sowie von Anhängern der SPD (89 %) und der Linkspartei (81 %) als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (78 % zu 68 %) und unter 30-Jährige häufiger als über 60-Jährige (81 % zu 64 %). Personen mit einfacher formaler Bildung (67 %) und Anhänger der Union (60 %) betrachten sie unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im März 2019

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2019

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	67 (-3)	23 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (-4)	28 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (-5)	30 (+4)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (-2)	35 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-1)	36 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	56 (+4)	40 (-5)
neue Technologien fördern	55 (-3)	36 (-)
Staatsschulden begrenzen	54 (-)	34 (-3)
Verbraucherschutz stärken	53 (-1)	38 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (+1)	41 (-2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	50 (+5)	42 (-9)
für bezahlbare Strompreise sorgen	42 (-3)	48 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	42 (-4)	54 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (+3)	55 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (+4)	57 (-6)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	37 (-1)	59 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	35 (-5)	57 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (+1)	61 (-3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-2)	62 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	28 (-4)	67 (+2)
Steuerlast gerecht verteilen	26 (-1)	69 (+2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	21 (-3)	74 (+2)
Erhebungszeitraum	06.-12.03.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in mehreren Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken. Dies gilt besonders für die Bereiche "deutsche Interessen in der EU vertreten" und "Gesundheitswesen modernisieren" (jew. -5 Prozentpunkte). Im Politikfeld "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" vergrößert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 5 Prozentpunkte.

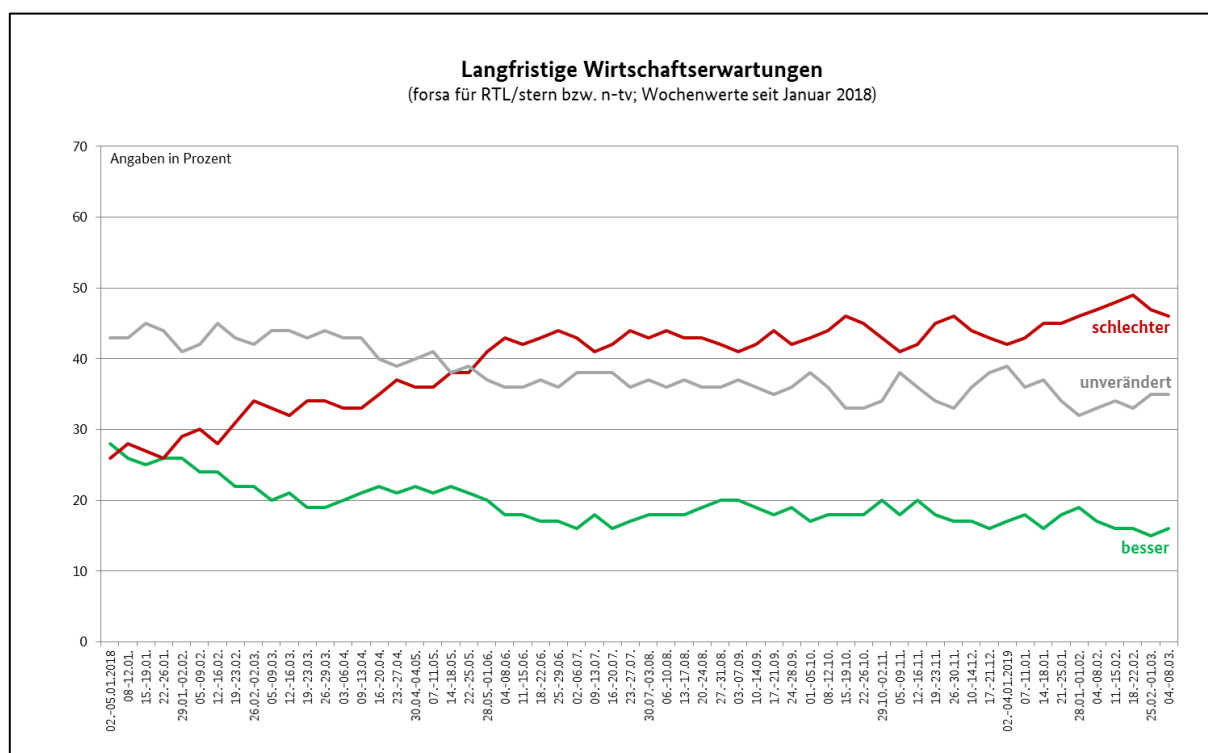
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(+1)
schlechter	46	(-1)
unverändert	35	(-)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 30 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



● Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	18	(+2)
schlechter als vor einem Jahr	14	(-)
genauso wie vor einem Jahr	66	(-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (29 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- und Mittelverdiener (25 % zu 13 %). Auch Männer (23 %) sehen überdurchschnittlich oft Verbesserungen.

● Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	26	(+2)
in einem Jahr schlechter	13	(+1)
ungefähr so wie jetzt	60	(-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (51 % zu 12 %).

● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	48	(+1)
zurzeit eher ungünstig	42	(-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	

Gutverdiener sind deutlich häufiger als Geringverdiener (60 % zu 30 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (56 % zu 39 %).

● Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
eher optimistisch	49	(+2)
eher pessimistisch	28	(-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.03.	

Unter 30-Jährige, Gutverdiener (jew. 57 %) und Männer (55 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Geringverdiener (37 %) glauben besonders oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	27 (+21)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	8 (-)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (-)
Rentenpolitik/Altersvorsorge, Debatte um Grundrente	5 (-5)
Erhebungszeitraum	12.-13.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (42 %), der SPD (36 %), der FDP (35 %) und der Union (34 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (32 % zu 15 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (37 % zu 22 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (39 % zu 13 %). Ostdeutsche (15 %) sowie Anhänger der AfD (11 %) und der Linkspartei (21 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

